



Nr. 44

Berlin, 11. November 2010

Inhalt:

www.leistung-macht-staat.de: Öffentlicher Dienst im Einsatz für alle+++

40-bis 42-Stunden-Woche für Beamte+++

dbb Symposium „Tarifpluralität in der Praxis des öffentlichen Dienstes“ – dbb gegen gesetzliche Zwangs-Tarifeinheit –

Warnung vor irreparablem Schaden an der Tarifautonomie+++

Tarifeinheits-Gesetz: dbb spielt Szenarien für öffentlichen Dienst durch+++

Kettenverträge vor dem Aus? dbb hofft auf Machtwort des Europäischen Gerichtshofes+++

Tarifkonflikt Nahverkehr Bayern – Russ: Arbeitgeber stehen in Sachen Arbeitszeit weiterhin auf der Bremse+++

Anspruch auf Familienzuschlag für Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Aktuelle Debatte um Sicherheit im Luftfrachtverkehr+++

BBB-Kritik an Kabinettsbeschlüssen zum Dienstrecht

NBB zur Haushaltsklausur: Große Chance verspielt+++

dbb brandenburg kritisiert GRÜNEN-Pläne zur Modernisierung der Landesverwaltung+++

Wolfgang Lämmer neuer Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger+++

DPVKOM: E-Postbrief dient mittelfristig der Beschäftigungssicherung+++

Polizeigewerkschaften: Belastungsgrenze der Kollegen bei Castor-Einsatz überschritten+++

VDR: Realschulen unverzichtbar für Schließung von Fachkräftelücke+++

KEG fordert angesichts steigender Steuereinnahmen: Jetzt in Bildung investieren+++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

www.leistung-macht-staat.de: Öffentlicher Dienst im Einsatz für alle

(dbb) Seit November 2009 demonstriert das dbb-Internetportal www.leistung-macht-staat.de die Leistungsstärke und -vielfalt des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Die bundesweit bislang einzigartige Leistungsschau führt vor Augen, in wie vielen Bereichen des täglichen Lebens die 4,5 Millionen Beschäftigten rund um die Uhr dafür sorgen, dass das Land funktioniert – ob Recht und Sicherheit, Politik und Bürger, Wirtschaft und Finanzen, Verkehr und Infrastruktur, Gesundheit und Soziales, Bildung und Wissenschaft oder Kultur und Sport: Der öffentliche Dienst ist für alle da, jederzeit und überall.

Seit 4. November 2010 präsentiert das Internetportal 14 weitere Bereiche, in denen der öffentliche Dienst im Einsatz für alle ist. Arzneimittelkontrolle, Strahlenschutzbehörden und Kampfmittelräumdienste schützen unser höchstes Gut: die Gesundheit. Rechtsanwälte und Datenschützer achten auf unser gutes Recht, Vermessungswesen und die Amtliche Statistik liefern Maßarbeit und wichtige Daten für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Darüber, dass Banken ebenso wie öffentliche Verwaltungen rechtmäßig und sorgsam mit den Finanzen

umgehen, die Kunden und Bürger vertrauensvoll in ihre Hände legen, wachen Bankenaufsicht und Rechnungshöfe. Gut unterrichtet sind Land und Leute stets dank öffentlich-rechtlichem Rundfunk, ein Auge auf die privaten Rundfunkanbieter haben die Landesmedienanstalten.

Mehr Informationen dazu und vieles mehr gibt es unter www.leistung-macht-staat.de.
(01/44/10)

40-bis 42-Stunden-Woche für Beamte

(dbb) Die [regelmäßige Wochenarbeitszeit der Beamten](#) variiert je nach Bundesland und Lebensalter zwischen 40 und 42 Stunden. Nach einer aktuellen dbb-Übersicht müssen Bundesbeamte 41 Stunden pro Woche Dienst tun, für die meisten Landes- und Kommunalbeamten gilt eine 40-Stunden-Regelarbeitszeit. In Bayern (bis zum 50. Lebensjahr) und Thüringen müssen allerdings 42 Stunden pro Woche abgeleistet werden.

Im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft mit einer nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchschnittlichen wöchentlichen Regelarbeitszeit von 38,07 Stunden, aber auch zum Tarifbereich des öffentlichen Dienstes mit überwiegend 39 Stunden, sind Beamte am stärksten gefordert.

Die dbb Erhebung gibt nicht die Zahl der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden wieder, die aufgrund der anhaltenden Personalabbau und wachsender Aufgabenverdichtung deutlich darüber liegt.
(02/44/10)

dbb Symposium „Tarifpluralität in der Praxis des öffentlichen Dienstes“ – dbb gegen gesetzliche Zwangs-Tarifeinheit – Warnung vor irreparablem Schaden an der Tarifautonomie

(dbb) Den möglichen Folgen einer gesetzlich verordneten Zwangs-Tarifeinheit, wie sie eine BDA/DGB-Initiative, diverse Politiker und Juristen in Anbetracht der neuen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts fordern, hat sich der dbb bei dem Symposium „Tarifpluralität in der Praxis des öffentlichen Dienstes“ am 5. November 2010 in Berlin gewidmet.

„Nach unserer Auffassung würde ein solches Gesetz zum Erhalt der Tarifeinheit einen verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie

darstellen“, machte Frank Stöhr, dbb-Vize und 1. Vorsitzender der dbb tarifunion, zu Beginn des Symposiums in Berlin deutlich. Zu diesem

Schluss seien eindeutig auch mehrere Rechtsgutachten gekommen, darunter jenes des Tübinger Arbeitsrechtlers Prof. Dr. Hermann Reichold, das die dbb tarifunion im Sommer vorgelegt hatte. „Würde die Tarifpluralität durch eine erzwungene Tarifeinheit, also ein Prinzip der Zwangssolidarität, ersetzt, nähmen Akzeptanz und Legitimität der Tarifautonomie irreparablen Schaden“, warnte Stöhr, „die Folge wäre eine gewerkschaftliche Monokultur.“

Der Chef der dbb tarifunion, die als Tarif-Arm des dbb beamtenbund und tarifunion die Tarifverhandlungen für 38 Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche in Bund, Ländern und Gemeinden führt, unterstrich: „Eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit würde die Koalitionsfreiheit auf

den Kopf stellen. Die größte Gruppe in einem Betrieb darf nicht alleine die Beschäftigungsbedingungen aller Arbeitnehmer bestimmen. Das ist das Gegenteil von pluralistischer Interessenvertretung und demokratischer Willensbildung.“ Stöhr betonte, dass eine solche Regelung angesichts der betrieblichen Realität zudem nicht nötig sei.

„Die lautstark inszenierte Drohkulisse von Streik-Chaos und ‚englischen Verhältnissen‘ ist an den Haaren herbei gezogen“, das belege auch eine neue Expertise von Arbeitsrechts-Professor Reichold, die an aktuellen Beispielen aus dem Tarifgeschehen des öffentlichen Dienstes das einwandfreie Funktionieren der tarifpolitischen Kooperation belege, so Stöhr. (03/44/10)

Tarifeinheits-Gesetz: dbb spielt Szenarien für öffentlichen Dienst durch

(dbb) Eine gesetzliche Festschreibung der Tarifeinheit würde die Koalitionsfreiheit auf den Kopf stellen. Zu diesem Schluss kommt der Tübinger Arbeitsrechtler Prof. Dr. Hermann Reichold, der die Szenarien einer verordneten Tarifeinheit im öffentlichen Dienst im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion anhand konkreter Fälle durchgespielt hat.

„Die bestehende Praxis, die schon heute tarifplural ist, würde durch eine völlig unkalkulierbare Situation abgelöst, die das Tarifgefüge nachhaltig verändern könnte. Vor allem würde das tarifpartnerschaftliche Gleichgewicht zu Ungunsten der Beschäftigten aus dem Lot gebracht“, schreibt Reichold in seiner Untersuchung. „In Folge dieser Asymmetrie im Verhältnis zu den Arbeitgebern würden Flächentarif und Tarifautonomie, die eigentlichen Grundpfeiler bundesdeutscher Tarifpolitik, gravierend geschwächt werden“, so Reichold.

Anstelle einer „verordneten“ Tarifeinheit solle der Gesetzgeber die positiven Lehren aus der tarifautonomen Kooperation der Vergangenheit und Gegenwart ziehen: „Jeder Konflikt kann neue, kreative Lösungen zu Gunsten der Beschäftigten fördern. Diese Kreativität ginge

verloren, da das Prinzip der Mehrheitsgewerkschaft die Kommunikation unter den Gewerkschaften zurück drängt und für die Arbeitgeberseite keine Veranlassung mehr besteht, von sich aus auf andere Gewerkschaften als die Mehrheitsgewerkschaft zuzugehen. Tarifverhandlungen und die erkämpften Tarifergebnisse entsprechen durchaus dem Sinn und dem Wert von politischen Wahlen. Sie sind eine Erfolgskontrolle. Fällt diese Kontrolle und Möglichkeit zur aktiven tarifpolitischen Opposition gegenüber der Mehrheitsgewerkschaft weg, sind die Folgen im Tarifbereich kaum anders als in anderen Bereichen praktizierter oder eben nicht praktizierter Demokratie. Das kann eine freiheitliche Arbeitsverfassung, die auf ihre Akteure und nicht auf den Staat vertraut, im Ernst nicht wollen.“ (04/44/10)

Kettenverträge vor dem Aus? dbb hofft auf Machtwort des Europäischen Gerichtshofes

(dbb) Zehn Jahre Arbeit beim selben öffentlichen Arbeitgeber, aber mit insgesamt 13 Arbeitsverträgen: Der Trend zu solchen „Kettenverträgen“ soll gestoppt werden. Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der dbb tarifunion, erwartet, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) diese „Kettenverträge“ im öffentlichen Dienst bald für unzulässig erklärt.

Mehr als 360.000 Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in Deutschland haben Zeitverträge. Anders als in der Privatwirtschaft sind bis dato im deutschen Staatsdienst mehrfach aufeinanderfolgende Befristungen von Arbeitsverträgen aus haushaltsrechtlichen Gründen möglich. Dies gründet insbesondere auf einer Ausnahmeregelung im Teilzeit- und Befristungsgesetz. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren eine starke Zunahme von Zeitverträgen im öffentlichen Dienst gegeben. Betroffen sind vorwiegend Frauen, was nach Stöhrs Einschätzung einen Verstoß gegen europäisches Antidiskriminierungsrecht darstellen könnte.

Arbeitsverträge auch im öffentlichen Dienst befristen zu können, sei nicht nur vertretbar, sondern in bestimmten Fällen geboten, sagte Frank Stöhr am 4. November 2010 dem Nachrichtenportal EurActiv.de. Schließlich gebe es zeitlich begrenzte Projekte, für die zeitlich befristet Personal benötigt werde, etwa im universitären Forschungsbereich oder als Vertretungen für Mitarbeiter in Kindererziehungszeiten.

Diese begründeten Ausnahmen allein rechtfertigten jedoch nicht die stete Zunahme solcher Arbeitsverhältnisse. Zunehmend würden Aufgaben, die eigentlich dauerhafter Art seien, in befristete Arbeitsverträge aufgespalten. Dies geschehe unter Rückgriff auf jene Gesetzesklausel, die finanzielle beziehungsweise haushaltsrechtliche Gründe gelten lässt.

„Die öffentliche Hand sollte arbeitsrechtlich eine Vorbildfunktion haben“, sagte Stöhr, der

zudem einen Verstoß gegen die europäische Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge sieht. Diese im europäischen Sozialen Dialog getroffene Vereinbarung sieht vor, dass auf nationaler Ebene Maßnahmen gegen Kettenverträge ergriffen werden sollen. Hintergrund der bevorstehenden EuGH-Entscheidung ist unter anderem ein Vorlageverfahren (Az.: 7 AZR 485/98), das vom Bundesarbeitsgericht (BAG) in Gang gesetzt worden ist. Ähnlich gelagerte Fälle sind dem EuGH auch vom Landesarbeitsgericht Köln vorgelegt worden.

Das BAG geht davon aus, dass der weite Spielraum der öffentlichen Arbeitgeber in Bund, Ländern und Gemeinden, Arbeitsverträge aus finanziellen Gründen zu befristen, gegen europäisches Recht verstößt. Der EuGH soll dies nun im Wege einer Vorabentscheidung klären. Nach Auffassung der Bundesarbeitsrichter verstößt die Tatsache, dass Unternehmen in der Privatwirtschaft weniger Freiheit in der Gestaltung ihrer Arbeitsverträge im Vergleich zum öffentlichen Dienst haben, gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. Geklagt hatte eine nordrhein-westfälische Justizangestellte, die innerhalb von zehn Jahren 13 Arbeitsverträge mit ein und demselben öffentlichen Arbeitgeber hatte. Die EuGH-Entscheidung kann dazu führen, dass zahlreiche befristete Verträge im öffentlichen Dienst in unbefristete umgewandelt werden. „Dies würde zur Stabilität des öffentlichen Dienstes beitragen“, betonte Stöhr. Mit der EuGH-Entscheidung ist im Frühjahr 2011 zu rechnen.
(05/44/10)

Tarifkonflikt Nahverkehr Bayern – Russ: Arbeitgeber stehen in Sachen Arbeitszeit weiterhin auf der Bremse

(dbb) Für eine Bedenkzeit sind am 3. November 2010 in München die Tarifverhandlungen zwischen dbb tarifunion/GDL und dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV) im Tarifkonflikt des Kommunalen Nahverkehrs ohne greifbares Ergebnis beendet worden.

„Wir haben den Arbeitgebern noch einmal deutlich unsere Bedingungen für eine Einigung erläutert und ihnen klar gemacht, dass für uns ein Abschluss ohne Verbesserungen in der Arbeitszeitfrage nicht denkbar ist“, sagte der Verhandlungsführer der dbb tarifunion/GDL und 2. Vorsitzender der dbb tarifunion, Willi Russ. „Weil wir dennoch im Interesse aller

Betroffenen eine zügige Einigung wollen, sind wir den Arbeitgebern heute entgegen gekommen und haben mit Blick auf die Einkommensforderung den bereits vorliegenden Abschluss vom 20. August 2010 für akzeptabel erklärt. Allerdings stehen die Arbeitgeber in Sachen Arbeitszeit weiterhin auf der Bremse“, kritisierte Russ. „Das ist für uns nicht hinnehmbar,

und die Arbeitgeber sollten die Verhandlungspause nutzen, um sich zu überlegen, ob sie ihre ideologisch motivierte Blockadehaltung nicht endlich ablegen wollen.“

Der dbb-Verhandlungsführer machte erneut klar, dass es sich bei den Fragen der Arbeitszeitregelung nicht um „Petitessen handelt, wie die Arbeitgeber mit ihren Äußerungen und ihrer Basta-Politik immer wieder glauben machen wollen. Es geht hier vielmehr um tagtägliche Sonderopfer der Fahrerinnen und Fahrer,

die sich unmittelbar auch auf die Sicherheit der Fahrgäste auswirken. Wer das einfach ignoriert, handelt verantwortungslos gegenüber Personal und Kunden gleichermaßen.“

Die Gremien der dbb tarifunion/GDL werden die aktuelle Situation und weitere Vorgehensweise in den kommenden Tagen beraten. Anschließend soll ein neuer Termin mit den Arbeitgebern vereinbart werden.

(06/44/10)

Anspruch auf Familienzuschlag für Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften

(dbb) Verpartnerte Beamte haben einen Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 gemäß § 40 Abs. 1 BbesG und können diesen rückwirkend bis Juli 2009 geltend machen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht am 29. Oktober 2010 klargestellt. Bereits einen Tag zuvor hatten die Richter Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft einen Anspruch auf erhöhten Auslandszuschlag sowie die entsprechende Aufwandsentschädigung und einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung entsprechend den Regelungen für verheiratete Beamte zugesprochen.

Der dbb hat gegenüber dem Bundes- und den Landesgesetzgebern seit langem auf die Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehepartnern auch im Bereich des Beamtenrechts gedrängt. Die Bundesregierung hat mittlerweile reagiert und im Oktober 2010 einen „Gesetzentwurf zur Übertragung ehebezogener Regelungen im öffentlichen Dienst“ beschlossen, der eine Erweiterung der Regelungen zum Familienzuschlag, zur Auslandsbesoldung und eine Einbeziehung in die Regelungen der Hinterbliebenenversorgung vorsieht. In mehreren Bundesländern - so in Berlin, Bayern, Bremen

und Hamburg - gelten bereits entsprechende Regelungen.

Allen Beamten, die in eingetragener Lebenspartnerschaft leben und die die entsprechenden Zulagen noch nicht erhalten, ist zu raten, einen Antrag auf Gewährung des Familienzuschlages der Stufe 1, bei Auslandsverwendung auf entsprechende Auslandszuschläge und Aufwandsentschädigungen zu stellen, soweit die übrigen Voraussetzungen dafür vorliegen.

(07/44/10)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Aktuelle Debatte um Sicherheit im Luftfrachtverkehr –

dbb Vize befürwortet Erhöhung von Frachtkontrollen

(dbb) Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann hat nach den Paketbombenfunden erhöhte Sicherheitskontrollen von Luftfracht befürwortet. Wenn die Bundespolizei diese Aufgaben übernehmen soll, müsste das Personal aber deutlich aufgestockt werden, sagte Lühmann am 2. November 2010 im Deutschlandfunk. Dieser Bereich der inneren Sicherheit habe zurzeit schon „erhebliche Personallücken“.

Sie verwies darauf, dass die Bundesregierung seit 2005 den Markt für die Kontrolle von Luftfracht auch an Private abgegeben habe, nachdem die Flughäfen deutlich gemacht hatten, dass die das Volumen – 2009 wurden 3,6 Millionen Tonnen Fracht in der Bundesrepublik oder durch die Bundesrepublik durchgeschleust – nicht zu bewältigen war. „Da stellt sich jetzt natürlich die Frage: Wie sicher sind diese Kontrollen und diese Versender?“ Lühmann plädierte dafür, „dass wir diese Regelungen nochmal genauer unter die Lupe nehmen sollten“.

Gerade in Zeiten der Terrorwarnungen müsse man „eine europaweite Lösung anstreben mit Standards, die dann für alle europäischen Frachtflughäfen gelten“. Auch Schiene, Straße und Wasserwege müssten unter Sicherheitsaspekten unter die Lupe genommen werden.

BDZ: Defizite seit Jahren bekannt

Der BDZ hat nach den Paketbombenfunden gefordert, den Personalabbau in den Zollverwaltungen und in den anderen Sicherheitsbehörden in Deutschland und in Europa endlich zu stoppen und das für wirksame Kontrollen erforderliche Personal schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich, der auch Vizepräsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) ist, wies am 3. Oktober 2010 darauf hin, dass Zöllnerinnen und Zöllner bei ständig steigenden Frachtraten und Passagierzahlen im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten und der vorhandenen technischen Unterstützung hervorragende Arbeit leisten. Die mangelhafte Personalausstattung habe das Bundesfinanzministerium selbst zu verantworten, so Leprich.

Zollfahnder hätten ihre Vorgesetzten im Bundesfinanzministerium seit Jahren über Sicherheitslücken bei der Luftfracht informiert. „Das ist beinahe Routine gewesen, sei es bei Hans Eichel, Peer Steinbrück oder Wolfgang Schäuble.“ Die Finanzminister hätten die Warnungen aber in den Wind geschlagen. „Stattdessen wurde beim Personal gekürzt“, beklagte Leprich.

Die derzeit in Europa und Deutschland praktizierte Kontrolldichte von lediglich ein bis zwei

Prozent der Waren bei der Ein- und Ausfuhr sei katastrophal, so Leprich weiter. „Ohne eine wirksame Risikoanalyse und ohne zusätzliches Personal können effektive Kontrollen nicht sichergestellt werden. Neben der kompatiblen Ausstattung mit Informationstechnik in allen EU-Mitgliedsstaaten bedarf es für die Optimierung der Kontrolltätigkeit auf allen Frachtflughäfen großräumiger mobiler und stationärer Röntgenanlagen, wie sie sich zur Kontrolle von Containern zum Beispiel im Hamburger Hafen und in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten in Seehäfen und im Landstraßenverkehr bewährt haben.“

DPoIG fordert EU-Luftsicherheitsbehörde

Für den Aufbau einer europäischen Luftsicherheitsbehörde sprach sich der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, aus. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 3. November 2010) sagte er: „Wir brauchen einen großen Wurf, um die Kontrolle des Luftverkehrs europaweit zu professionalisieren.“ Es müsse Schluss sein mit der gefährlichen Flickschusterei bei der Luftsicherheit in Europa. „Für Ein- und Ausfuhr sowie Umschlag von Luftfracht müssen deutlich verschärfte, einheitliche Standards gelten, die eine EU-Behörde am effektivsten festlegen und überwachen kann.“ Gefragt sei ein EU-Knotenpunkt, bei dem alle Informationen zusammenliefen.

Nach Wendts Vorschlag sollen „die Experten der neuen Behörde künftig vor allem in Ländern außerhalb Europas regelmäßig und unangemeldet kontrollieren, ob EU-Standards dort von Frachtfirmen und Flughäfen eingehalten werden“. Wo das nicht der Fall sei, müsse sofort ein europaweites Landeverbot für Frachtflieger verhängt werden. „Das größte Problem für die Luftsicherheit sind Flüge und Luftfracht, die aus Drittstaaten in die EU kommen.“ Für Kontrollen innerhalb der EU sollen nach den Plänen der DPoIG die nationalen Sicherheitsbehörden im Auftrag der EU-Luftsicherheit zuständig sein. „In Deutschland muss die Bundespolizei die Überwachung übernehmen.“ Nur so lasse sich eine effektive Luftsicherheit aus einem Guss für Fracht, Passagier und Gepäck erreichen, betonte Wendt. (08/44/10)

BBB-Kritik an Kabinettsbeschlüssen zum Dienstrecht

(dbb) Der Landesvorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, hat die Staatsregierung davor gewarnt, den Beamten im kommenden Jahr eine Nullrunde von oben herab zu verordnen. Er verwies unter anderem darauf, dass der Landtag erst im Sommer das neue Dienstrecht für die Beamten verabschiedet habe. „Und in diesem Gesetz steht schwarz auf weiß, dass die Einkommen der Beamten an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden. Deshalb kann es nicht sein, dass per Dekret im Vorfeld eine Nullrunde verkündet wird. Das wäre ein schwerer Rückfall in alte Zeiten“, sagte Habermann am 8. November 2010 der Nachrichtenagentur dpa in München.

Die Staatsregierung hatte am 7. November nach ihrer Kabinettsklausur angekündigt, dank der sprudelnden Steuereinnahmen und mit Hilfe massiver Einsparungen 2011 und 2012 ohne neue Schulden auskommen zu wollen. Insgesamt sollen in beiden Jahren zusammen 2,5 Milliarden Euro eingespart werden. Die Beamten und Versorgungsempfänger sollen dafür im kommenden Jahr eine Nullrunde in Kauf nehmen müssen. Die Zahlungen in den Pensionsfonds für die Beamten werden ausgesetzt.

Habermann räumte ein, dass die Sparmaßnahmen „durchaus schlimmer hätten ausfallen

können“. Schließlich bleibe es beim Weihnachtsgeld, bei der Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden und dem neuen Dienstrecht. Andere Sparmaßnahmen aber liefen dem neuen Dienstrecht entgegen – etwa die Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamte, die Wiederbesetzungssperre sowie das Aussetzen der leistungsbezogenen Besoldungselemente. „Man kann sich nicht im Sommer für ein neues Dienstrecht feiern lassen, und wenige Monate später wird an wesentliche Maßnahmen wieder die Axt angelegt, etwa an die Stärkung des Leistungsgedankens“, sagte er.

(09/44/10)

Rheinland-Pfalz: CDU und dbb Landesbund bewerten Haushaltsentwurf kritisch

(dbb) Die demographische Entwicklung und ihre Folgen: Im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz werden immer mehr Aufgaben von immer weniger und immer älterem Personal erledigt werden müssen, wenn nicht umgehend durch eine zukunftsfeste Nachwuchsgewinnung gegengesteuert wird. Das ist die gemeinsame Sorge der CDU-Landtagsfraktion und des dbb rheinland-pfalz, die sich am 2. November 2010 in Mainz zu einer kritischen Bewertung des Haushaltsentwurfs der Landesregierung getroffen haben.

Beide Gesprächsparteien waren sich einig, dass pauschale Kappungen kein Instrument verantwortungsbewusster Haushaltspolitik sind. Vielmehr gehe es darum, vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen Belastungen gerecht zu verteilen, Sonderopfer zu verhindern und bei den Ausgaben nach umfassender Aufgabenkritik die richtigen Prioritäten zu setzen.

Der Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises "Innen", Michael Hörter, stellte klar, dass für die CDU auf der Suche nach Sparpotenzial eine Abschaffung der auf mittlerer Behördenebene angesiedelten drei Direktionen (ehemalige Bezirksregierungen) nicht in Frage komme.

Diskutiert werden müsse über Aufgabenbereiche der Mittelbehörden und ihren Aufbau. Dies habe die Landesregierung leider bei ihrer jüngsten Verwaltungsreform ausgeklammert.

Die dbb-Landeschefin Lilli Lenz erinnerte an die seit Jahren erbrachten Sparleistungen der Beamtinnen, Beamten, der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zur Haushaltskonsolidierung. Sie unterstrich, dass jedes weitere Drehen an der Sparschraube zu Lasten des öffentlichen Dienstes gefährlich werde, weil die Grenze des Verkraftbaren bereits erreicht sei.

(10/44/10)

NBB zur Haushaltsklausur: Große Chance verspielt

(dbb) Mit den Plänen der niedersächsischen Regierungsfractionen für den Landeshaushalt 2011 sei „erneut eine große Chance verspielt“ worden. Das erklärte der Vorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion (NBB), Friedhelm Schäfer, nach der Haushaltsklausur der Fraktionen von CDU und FDP am 9. November 2010.

„Bereits mit wenig Geld hätte unter Berücksichtigung des von uns auch grundsätzlich akzeptierten Konsolidierungsziels einiges bewegt werden können“, zeigte sich Schäfer überzeugt. Höhere Einstellungszahlen zur Abfederung der großen Altersabgänge in den kommenden Jahren, mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang sogar doppelt sinnvoll, fehlten genauso, wie neue Beförderungsmöglichkeiten. „Wer die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern will, muss auch dafür sorgen, dass die unbestritten hohe Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Land Niedersachsen gesichert und ausgebaut wird.“

Zugleich verwies Schäfer auf Medienberichte, wonach die Regierungsfractionen auch beschlossen haben, einen höheren Betrag für die Steigerung der Bezüge (Tarif, Besoldung und Versorgung) in den Entwurf des Landeshaushalts 2011 einzustellen als bisher vorgesehen. Eingestellt werden soll demnach eine Anhebung um bis zu 1,9 Prozent, das sind 128 Millionen Euro Mehrausgaben gegenüber den bisher eingeplanten 50 Millionen Euro. Der Tarifabschluss für die Länder solle auch „auf die Beamten übertragen“ werden. „Damit haben die Regierungsfractionen offensichtlich doch unsere entsprechenden Forderungen aufgenommen, was wir als Erfolg unserer Arbeit ansehen“, so Schäfer.
(11/44/10)

dbb brandenburg kritisiert GRÜNEN-Pläne zur Modernisierung der Landesverwaltung

(dbb) Für Empörung und Kritik hat beim dbb brandenburg ein Antrag an den Brandenburger Landtag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27. Oktober 2010 zur Modernisierung der Landesverwaltung gesorgt. „Damit wird ein inhaltlich nicht schlüssiger Gemischtwarenladen an Themen aufgemacht, der mehr Fragen aufwirft als er Antworten auf die tatsächlichen Herausforderungen liefert“, sagte der dbb-Landesvorsitzende Heinz-Egon Müller.

Neben durchaus richtigen Stichworten, wie etwa dem Aufbau eines sachgerechten Stellenkegels, der Laufbahndurchlässigkeit und dem Einstellungskorridor, tauchten auch Vorstellungen auf, die den Eindruck erwecken, dass an Einschnitten bei Beamten und Versorgungsempfängern das Land genesen könne.

Dabei werde völlig ausgeblendet, dass beispielsweise eine Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung das Land teuer zu stehen käme. Der – angesichts des demographischen Wandels - notwendigen Steigerung der Attraktivität des öffentlichen

Dienstes widme das Papier keinen vernünftigen Gedanken, kritisierte Müller. Zudem wollten die Autoren des Antrages die – dafür gar nicht zuständige - Landesregierung beauftragen, Einfluss darauf zu nehmen, was Tarifpartner zu vereinbaren haben. Das Papier stelle keine Grundlage für eine durchaus sinnvolle und notwendige Diskussion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes in Brandenburg dar. Dennoch sei der dbb brandenburg zu Gesprächen mit den GRÜNEN bereit, um „dringend notwendigen Nachhilfeunterricht“ zu geben.
(12/44/10)

sbb: Soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht ohne attraktiven öffentlichen Dienst

(dbb) Die vom Ministerpräsidenten Sachsens und Vorsitzenden der sächsischen Union Stanislaw Tillich gemachten Aussagen zur Fortsetzung der Politik der sozialen Marktwirtschaft lassen auch die Staatsdiener aufhorchen. Jedoch finden sich im geplanten Doppelhaushalt nur noch wenige Aussagen für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen, kritisierte der sbb – beamtenbund und tarifunion sachsen am 8. November 2010.

In seiner Rede vor dem Landesparteitag der sächsischen CDU, der unter dem Motto „20 Jahre in Freiheit und Verantwortung für Sachsen. Die Zukunft gestalten“ stand, bekannte sich Stanislaw Tillich zur Fortsetzung der Politik der sozialen Marktwirtschaft. Er formulierte er solche Ziele wie „Arbeit muss sich lohnen“ und „Leistungen müssen anerkannt werden“. Zugleich machte er vor den Delegierten deutlich, dass es aus seiner Sicht die Sonderzahlungen für Beamte in Zukunft nicht mehr geben werde. Wie kann aber soziale Marktwirtschaft ohne einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst gelingen? „Da beißt sich doch die Katze in ihren eigenen Schwanz“, kommentierte Günter Steinbrecht, Landesvorsitzender des sbb, diese widersprüchlichen Aussagen. „Einerseits

will man in Sachsen einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, andererseits bringt man das Niveau der Bezahlung für Beamte auf den deutschlandweit niedrigsten Stand.“

In den vergangenen Wochen habe sich immer mehr abgezeichnet, dass die Streichung der Sonderzahlungen offensichtlich nur der erste Schritt einer Kette von weiteren Maßnahmen sein soll. So werde auch über die Kündigung des Tarifvertrages zur Sonderzahlung für Angestellte nachgedacht und der Austritt aus der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) erwogen. Steinbrecht kündigte als Protest unter anderem eine Mahnwache vor dem Sächsischen Landtag an.
(13/44/10)

Wolfgang Lämmer neuer Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger

(dbb) Wolfgang Lämmer ist neuer Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR). Er wurde auf der Tagung des Präsidiums des BDR am 5. November 2010 in Weimar „mit überwältigender Mehrheit“ in das Amt gewählt, wie der BDR mitteilte.

Lämmer bringe beste Voraussetzungen mit, da er gleichzeitig Vorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger in Nordrhein-Westfalen ist und von 1997 bis 2004 bereits Mitglied der Bundesleitung des BDR war, heißt es weiter. Die Wahl war erforderlich geworden, da der bisherige Bundesvorsitzende Peter Damm aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegen musste.

Die diesjährige Tagung fand in Weimar statt, dem Ort, an dem vor 20 Jahren der "Interessenverband Bund Deutscher Rechtspfleger" gegründet wurde - Vorstufe des Bundes Deutscher Rechtspfleger in den neuen Ländern.

Neben der Neuwahl beschäftigte sich das Präsidium mit aktuellen rechtspolitischen Proble-

men wie etwa der von der Bundesregierung geplanten Änderung der Insolvenzordnung und dem Gesetzesentwurf zum Schutz vor überlangen Verfahren. Kurze Bearbeitungszeiten könnten nur durch eine ausreichende Personalausstattung gewährleistet werden, für die sich der BDR seit Jahren einsetzt, heißt es in der Mitteilung.

Der BDR vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von rund 13.000 Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern in Deutschland. Präsidiumssitzungen finden zweimal jährlich statt. Der BDR beteiligt sich aktiv durch Stellungnahmen und Initiativen an Gesetzgebungsverfahren in Deutschland und der EU.
(14/44/10)

DPVKOM: E-Postbrief dient mittelfristig der Beschäftigungssicherung

(dbb) Seit Juli dieses Jahres bietet die Deutsche Post AG den E-Postbrief am deutschen Markt an. Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) ist der Auffassung, dass „der E-Postbrief mittel- und langfristig der Beschäftigungssicherung bei der Deutschen Post dient.“

Die Post hatte erklärt, ähnlich einer E-Mail sei der E-Postbrief ein „verbindlicher, vertraulicher und verlässlicher“ Ersatz für den klassischen Brief. Außerdem sei er „einfach, bequem und schnell“. Auch wenn die Technik bis dato noch nicht völlig ausgereift scheint, und so mancher Kritiker gar von bestehenden Sicherheitslücken in puncto Verschlüsselung der Nachrichten spricht, geloben die Verantwortlichen eine stete Verbesserung des Produkts. „Hoffentlich folgen den Worten auch Taten“, erklärte die DPVKOM am 9. November 2010.

Aus Gewerkschaftssicht wäre es falsch, sich der technischen Entwicklung zu verschließen.

Dies würde letztlich nur der Konkurrenz dienlich sein, so die DPVKOM. Dennoch müssten noch einige strittige Punkte im Sinne der Beschäftigten geklärt werden: So sei die Werbung für den E-Postbrief eine absolut freiwillige Leistung des Zustellers und dürfe kein Kriterium bei der jährlichen Leistungsbeurteilung sein. Das Problem der Unterschiedlichkeit der Zustellbezirke (räumliche Aufteilung und Klientel) müsse vom Arbeitgeber unter dem Aspekt der „Chancengleichheit für Bewilligte“ gelöst werden.

(15/44/10)

Polizeigewerkschaften: Belastungsgrenze der Kollegen bei Castor-Einsatz überschritten

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) und die bundespolizeigewerkschaft bgv haben scharf kritisiert, dass bei Einsätzen rund um den Castor-Einsatz 2010 die Belastungsgrenze der Kolleginnen und Kollegen deutlich überschritten wurde. DPoIG-Chef Rainer Wendt sagte nach rund drei Tagen Einsatz der Beamten: „Die Polizei ist absolut am Ende ihrer Kräfte.“ 20 000 Beamte seien im Einsatz, so Wendt am 8. November 2010. Durch die Traktorblockaden meuternder Landwirte aus dem Wendland seien Nachschublinien abgeschnitten worden. Zahlreiche Polizisten klagten über fehlende Essensversorgung, da mobile Küchen nicht durchkamen – ebenso wenig wie die Einheiten, die die Kollegen nach vielen Stunden Dienst ablösen sollten.

Pläne des Bundesinnenministers Thomas de Maizière zum Abbau von bis zu 1000 Stellen bei der Bundespolizei müssten gestrichen werden, forderte der Vorsitzende der bgv, Rüdiger Reedwisch am 8. November 2010. „Dies muss angesichts der ungeheuren Belastungen umgehend gestoppt werden“, sagte er. Außerdem müssten die Einsatzkräfte zur Erhaltung ihrer

Gesundheit die erforderlichen Ruhephasen erhalten. „Die meisten der eingesetzten Kräfte kamen unmittelbar aus anderen Einsätzen und werden am kommenden Wochenende schon wieder zu anderen Einsätzen verplant“, so Reedwisch. „Die Grenze der Belastung wird eindeutig überschritten.“

(16/44/10)

VDR: Realschulen unverzichtbar für Schließung von Fachkräftelücke

(dbb) Realschulen leisten nach Auffassung des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) einen unverzichtbaren Beitrag zur Schließung der MINT-Fachkräftelücke und zur Sicherung des Technologiestandortes Deutschland. Das stellte der VDR-Vorsitzende Jürgen Böhm am Rande der 3. MINT-Botschafterkonferenz in Berlin fest, wie der VDR am 5. November 2010 mitteilte.

„Ohne die hervorragend ausgebildeten Realschulabsolventen, die mit dem Weg über die berufliche Bildung oder weiteren Anschlüssen ihren Weg in die Hochschulen gehen, ist zukünftig in Deutschland der Fachkräftemangel im Bereich der so genannten MINT-Fächer - Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik - nicht zu beheben“, sagte Böhm.

Böhm gratulierte der Realschulkollegin Judith Herrmann von der Staatlichen Realschule Vilsbiburg (Bayern), die sich vor allem der Förderung der Realschüler in den Fächern Mathematik und Chemie verschrieben hat und als MINT-

Botschafterin des Jahres 2010 ausgezeichnet wurde.

„Wer Realschulen abschaffen und Realschulbildung qualitativ abflachen möchte, der beraubt Schülerinnen und Schüler ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und Deutschland seiner Zukunftsfähigkeit“, erklärte Böhm. „Im Bereich der MINT-Fächer begannen und beginnen erfolgreiche Werdegänge und Berufsbiographien in der Realschule, die mit ihrem speziellen Bildungskonzept und vielfältigen Übergangsmöglichkeiten gerade die Kompetenzen in den Naturwissenschaften fördert.“
(17/44/10)

KEG fordert angesichts steigender Steuereinnahmen: Jetzt in Bildung investieren

(dbb) Angesichts wieder sprudelnder Steuereinnahmen hat die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) an Bund und Länder appelliert, „mit Blick auf Zukunftsperspektiven mehr finanzielle Mittel für den unterfinanziert-defizitären gesellschaftspolitischen Bereich Bildung bereitzustellen, um dem Anspruch an eine ‚Bildungsrepublik‘ gerecht zu werden“. Es müssten jährlich mindestens 20 Milliarden Euro zusätzlich aufgebracht werden, um den OECD-Durchschnitt bei den Bildungsaufgaben zu erreichen, sagte der KEG-Bundesbeauftragte Manfred Mahlstedt am 9. November 2010.

Die „Bildungsrepublik“ könne es sich nicht leisten, zur „Reparaturwerkstatt“ für unterlassene Investitionen in Bildung zu werden. „Mehr Geld in Bildung ist eine demographische Aufschwungrendite, die allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland nutzt“, stellte Mahlstedt fest.

Vor diesem Hintergrund kritisierte die KEG auch die jüngsten Kultursparpläne von Au-

ßenminister Guido Westerwelle (FDP), der eine pauschale Kürzung der Zuschüsse seines Ministeriums für das weltweit erfolgreich operierende Goethe-Institut in Höhe von drei Prozent angekündigt hatte. Durch diese „unverantwortliche Maßnahme“ seien Institutsschließungen zu befürchten, was zu erheblichen bildungs- und kulturpolitischen Irritationen in den betroffenen Ländern führen würde.
(18/44/10)

Namen und Nachrichten

(dbb) **Astrid Hollmann** ist am 6. November 2010 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats (DFR) gewählt worden. Mit Hollmann zieht eine erfahrene Gewerkschafterin in den Vorstand des Interessenverbandes ein. Die 41-Jährige ist stellvertretende Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion und Geschäftsführungsmitglied der dbb bundesfrauenvertretung. In der Medienge-

werkschaft VRFF bekleidet sie außerdem das Amt der Bundesgenderbeauftragten. Die Kommunikationswissenschaftlerin ist Leiterin des Berliner Büros der Intendanz der Deutschen Welle, dem deutschen Auslandsrundfunk und stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte für DW-TV in Berlin. Unter dem Dach des Deutschen Frauenrates sind die Interessenvertretungen von 57 bundesweit aktiven Frauen-

verbänden und Frauengruppen gemischter Verbände gebündelt. Vorsitzende ist Marlies Brouwers, nominiert von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauenverbände.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Kirsten Lühmann** hat an die Innenminister der Länder und des Bundes appelliert, sich mit Blick auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie „mit ihren Sozialpartnern zusammzusetzen und Regelungen zu finden, die sowohl im Sinne der Beschäftigten als auch eines reibungslosen Dienstbetriebs sind“. In einem Beitrag für den „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 8. November 2010) schreibt Lühmann: „Die jetzige Situation ist kein tragbarer Zustand.“ Sie plädiert dafür, bis zu einer Erneuerung der Arbeitszeitrichtlinie die bestehenden Opt-Out-Möglichkeiten in der Praxis zu nutzen – d.h. von bestimmten Mindeststandards abzuweichen, wenn dies von den Tarifpartnern vereinbart ist und den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dann gleichwertige Ausgleichsruhezeiten oder ein angemessener Schutz gewährt wird. „Leider ist es in der Praxis so, dass viele Behörden, insbesondere bei der Polizei, solche Regelungen nicht abschließen“, kritisiert Lühmann.

Der stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), **Klaus Dauderstädt**, hat die Politik aufgefordert, die Chancen zu Korrekturen an der Gesundheitsreform noch vor der Verabschiedung zu nutzen. Die GdS hatte am 4. November 2010 ein fachkundiges Publikum nach Berlin eingeladen, um unter dem Motto „GdS trifft Politik“ die bevorstehende Reform unter dem Namen eines GKV-Finanzierungsgesetzes zu erörtern. Der Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesgesundheitsministerium, Christian Weber, und Gesundheitspolitiker aller Fraktionen im Bundestag, darunter Prof. Karl Lauterbach für die SPD, bewerteten das Vorhaben aus ihrer Sicht und hatten sich mit der Kritik der Krankenkassenpraxis auseinander zu setzen.

Der Landesvorsitzende des NBB, **Friedhelm Schäfer**, hat den niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister zu einem „Startschuss für den Wettbewerb der Ideen“ aufgefordert. Zur Eröffnung der Tagung „WIR – Wissen, Information, Recht – Öffentlicher Dienst in Niedersachsen“ am 4. November 2010 sagte Schäfer, es solle umgehend der

Versuch gestartet werden, „in großer Gemeinsamkeit eine Gesamtkonzeption für die Entwicklung des Landes in den nächsten Jahren zu erarbeiten“. Dabei komme dem Ministerpräsidenten die Rolle des Initiators zu. „Er sollte den Startschuss für einen Wettbewerb der Ideen geben und dabei für eine breite Beteiligung/Einbindung der ‚Betroffenen‘ werben.“ McAllister solle auch dafür sorgen, dass eine zielgerichtete Koordination der Prozesse erfolgt, um schnellstmöglich Ergebnisse zu erzielen.

Der **dbb saar** hat ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Dienst des Landes gefordert. Der stellvertretende Landesvorsitzende Ewald Linn sagte laut SR-online (7. November 2010), die Beschäftigten des Landes bräuchten Perspektiven. Dazu müsse die Arbeitsfähigkeit der Landesverwaltung gesichert werden. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung habe die Nachwuchsgewinnung dabei eine besondere Bedeutung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern mithalten zu können, dürfe der Lohn von Nachwuchsbeamten nicht gesenkt werden. Die aktuelle Steuerschätzung biete dafür Spielraum. Unter dem Motto „Intelligentes Sparen geht anders“ hatte der dbb saar Vordrucke veröffentlicht, mit denen sich Beschäftigte und Bürger an die Landtagsabgeordneten wenden und ihren Protest gegen die geplanten Sparmaßnahmen zum Ausdruck bringen können.

Die **komba gewerkschaft** unterstützt das Ziel der Bundesregierung, mehr männliche Fachkräfte für Kindertagesstätten zu gewinnen. Deshalb begrüßte die Vorsitzende des komba Bundesfachbereichs für den Sozial- und Erziehungsdienst, Sandra van Heemskerck, am 1. November 2010 die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, in der sie Auskunft verlangt über das Programm der Bundesregierung „Männer in Kitas“, das am 1. Januar 2011 starten soll. Niemand stelle die wichtige Rolle der Männer in der frühkindlichen Entwicklung in Frage, so van Heemskerck. „Doch wie kann man das Berufsbild des Erziehers so attraktiv gestalten, dass sich mehr junge Menschen - nicht nur Männer - für diesen Ausbildungsberuf entscheiden?“ Es müsse ein zukunftsfähiges Modell entwickelt werden, in dem sowohl neue als auch erfahrene Fachkräfte zufrieden sind. „Fragen nach Unterschieden in der Ausbildung, der Einhaltung der Ausbildungsstandards und des Abschlusses sowie der tariflichen Eingrup-

pie rung müssen dringend beantwortet werden", forderte van Heemskerck.

Mit scharfen Worten hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) die Forderung des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU) zurückgewiesen, die Verfassung so zu ändern, dass bei einer Terrorbedrohung notfalls auch ein Flugzeug durch die Bundeswehr abgeschossen werden kann. DPoIG-Chef **Rainer Wendt** sagte dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 3. November 2010): „Dass aus der Union ausgerechnet jetzt wieder Forderungen nach Bundeswehreinsatz im Landesinnern und Abschuss von Passagierflugzeugen laut werden, ist fast schon zynisch. Erst bei der Polizei Planstellen streichen, den Mitarbeitern die Einkommen kürzen und dann als Billigpolizei das Militär holen - so verabschiedet sich die CDU als Partei der inneren Sicherheit.“ Der Vorschlag von Schünemann gehöre in den "Mülleimer der Sicherheitsdebatte".

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) fordert mehr Personal für die Hochschulen. Auch Gymnasiallehrer könnten im Grundstudium eingesetzt werden, sagte der Vorsitzende des Lehrerverbandes, **Heinz-Peter Meidinger**, laut „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 9. November 2010). Ansonsten drohten verschlechterte Studienbedingungen in den Geisteswissenschaften und harten Numerus-Clausus-Fächern. Diese seien besonders betroffen, wenn im nächsten Jahr 70 000 zusätzliche Erstsemester aus den doppelten Abiturjahr-

gängen in Bayern und Niedersachsen an die Unis drängen – sowie 50 000 weitere Abiturienten, die wegen der Aussetzung des Wehrdienstes sofort studieren wollen. In NC-Fächern wie Medizin und Pharmazie sowie in den Geisteswissenschaften seien im Hochschulpakt II keine neuen Studienplätze geschaffen worden. Jetzt müssten die Länder mehr Geld geben, um ein Chaos zu vermeiden, so Meidinger.

Die von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen geplante Gemeinschaftsschule stößt auf Interesse. "Viele Schulen sind für den Schulversuch Gemeinschaftsschule offen", sagte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, am 4. November 2010. Laut einer Umfrage der Lehrgewerkschaft tragen sich in NRW 83 Hauptschulen, 20 Realschulen und 2 Verbundschulen mit der Überlegung, sich an dem Modellversuch zu beteiligen. Längeres gemeinsames Lernen will Rot-Grün durch die Bildung von Gemeinschaftsschulen erreichen. Die weiterführende Ganztagschule soll gymnasiale Standards mit einschließen. Zumindest in den Klassen 5 und 6 soll für alle Schüler gemeinsamer Unterricht stattfinden. Die ersten Gemeinschaftsschulen sollen ab dem Schuljahr 2011/2012 starten. Die Regierung kann die neue Schulform als Testmodell ohne Gesetz umsetzen. Die Gemeinschaftsschule soll auch eine Antwort auf sinkende Schülerzahlen bieten.

(19/44/10)